

<https://www.jungewelt.de/2016/02-24/059.php>

Ausgabe 24. Februar 2016 / Seite 4 / Inland

Europäische Herausforderungen

Strategiekonferenz der »Kooperation für den Frieden« in Leipzig

Von Sönke Hundt



Ostermarsch in Stuttgart im April 2014 Foto: Franziska Kraufmann/dpa-Bildfunk

Infos und Video-Berichte: <http://www.koop-frieden.de/>

Die »Kooperation für den Frieden«, ein Zusammenschluss von etwa 60 Organisationen, Netzwerken und Initiativen der deutschen Friedensbewegung, hatte für das vergangene Wochenende zu ihrer zweitägigen Strategiekonferenz nach Leipzig geladen. Sie fand zum 13. Mal statt. Rund 100 Teilnehmer waren gekommen. Im Mittelpunkt sollte der Krieg in der und um die Ukraine stehen, der in Europa neue Spannungen sichtbar gemacht habe, wie es in der Ankündigung der

Konferenz hieß. Die Modernisierung der Atomwaffen, darunter auch der US-Waffen auf dem rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel, die Erhöhung der Militärhaushalte sowie zunehmendes Misstrauen zwischen NATO und Russland seien Zeichen für eine neue Eskalationsspirale. Die militärische Abschreckung stehe wieder im Vordergrund. Während der Konferenz sollte der Frage nachgegangen werden, wie es zu einer »entfeindeten Europapolitik mit Russland« kommen könne.

Erwartungsgemäß standen auch die »Münchener Sicherheitskonferenz« und das »Weißbuch« des Verteidigungsministeriums zur »sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland«, das zur Zeit intensiv diskutiert wird und im Sommer 2016 veröffentlicht werden soll, im Mittelpunkt der Diskussionen. Konrad Raiser, ehemaliger und langjähriger Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, stellte den Entwurf eines Zehn-Punkte-Plans für eine neue Ostpolitik, der der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vorgelegt werden soll, zur Diskussion. Der neue Plan bezieht sich mit voller Absicht auf die Tradition der »Ostdenkschrift« der EKD von 1965, die bekanntlich die später von Egon Bahr und Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik maßgeblich vorbereitet hatte. Für eine »neue Entspannungspolitik« gegenüber Russland wäre es grundfalsch, die NATO zu stärken und auf immer mehr Staaten auszudehnen. Vielmehr müsse, so Raiser in seinem eindrucksvollen und mit viel Beifall bedachten Referat, wie in den 60er Jahren wieder die OSZE mit allen ihren Institutionen gestärkt werden.

Weitere Referenten waren Norman Paech, Völkerrechtler und ehemaliger außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Daniela Dahn, Schriftstellerin und Journalistin, Roman Dolgov aus Russland (Greenpeace und IPPNW), Piotr Ikonowicz aus Polen (Social Justice Movement) und Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung). In insgesamt sieben Arbeitsgruppen wurde am zweiten Tag weiter diskutiert und beraten. Im abschließenden Plenum hieß es dann »Was tun?«, es ging um die weiteren Handlungsoptionen. Kurzfristig und konkret wurde zu den kommenden Ostermärschen am 26. März, zu weiteren Ramstein-Protesten und zur bundesweiten Friedensdemonstration im Herbst aufgerufen. Langfristig sollten der Grundgedanke einer »gemeinsamen Sicherheit« mit Russland und – entsprechend – eine scharfe Kritik am Militarisierungs- und Aufrüstungskurs der Bundesregierung gedankliches Zentrum der Friedenspolitik sein.